

BUND NRW • Merowingerstraße 88 • 40225 Düsseldorf

SPD Nordrhein-Westfalen
Landesvorsitzende Hannelore Kraft
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf

Per Fax: 0211 / 13622-5310

**Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland**

Landesverband
Nordrhein-Westfalen e.V.

Holger Sticht,
Landesvorsitzender
Merowinger Str. 88,
40225 Düsseldorf
holger.sticht@bund.net

Düsseldorf, den 14.09.2016

Offener Brief an den Vorstand und die Landesdelegierten der SPD Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Frau Kraft,

für den Sonderkonvent am 19.9.2016 in Wolfsburg zum CETA-Abkommen mit Kanada sind unter den 88 klar ablehnenden Anträgen auch 20 von diversen Parteiuntergliederungen – von Unterbezirken bis zu Ortsvereinen – aus NRW enthalten. Diese Anträge orientieren sich an den sog. „Roten Linien“, die der SPD-Bundesparteitag im letzten Jahr beschlossen hatte. Sowohl die „AG sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen in NRW“ als auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Miersch und die SPD-Europaabgeordnete Maria Noichl haben in umfangreichen Schriftsätzen aufgezeigt, dass diese „Roten Linien“ vom CETA-Vertragsentwurf nicht eingehalten werden und die Einschätzungen von MdEP Bernd Lange überwiegend falsch sind bzw. Änderungsmöglichkeiten suggerieren, die nur bei einer jetzigen Ablehnung zum Tragen kommen können.

Diese Auffassungen teilen nicht nur ein erheblicher Teil der SPD-Basis in NRW, sondern auch der DGB NRW, der sich damit in ein breites gesellschaftliches Ablehnungsbündnis integriert, das seine Anfänge in den Auseinandersetzungen um das MAI („Multilateral Agreement on Investment“) 1998 hatte.

Daher ist die von der Bundesparteispitze beschlossene Zustimmung trotz der auch von ihr selbst eingeräumten offenen Fragen ein kapitaler Fehler, eine Missachtung auch der SPD-Basis und der Gewerkschaften – vom Widerstand in der Bevölkerung ganz zu schweigen.

Seitens des BUND NRW-Landesverbandes fordern wir Sie und die NRW-Delegierten auf, am 19.9. gegen die Verabschiedung von CETA zu stimmen.

/2

Aus der deutschen Übersetzung des Vertragstextes ergibt sich völlig unzweideutig:

CETA enthält umfassende Sonderklagerechte für ausländische Investoren, was wegen der vielen „Zweigstellen“ von US-Firmen in Kanada TTIP fast schon überflüssig machen würde.

CETA unterläuft die parlamentarischen Kontroll- und Gestaltungsmechanismen. Die Formulierungen des Vertrages sind so unverbindlich, dass letztendlich die Schiedsrichter des Investitionstribunals abwägen können, was „legitime politische Ziele“ einer Regierung sind. Auch die vielen in CETA vorgesehenen Sondergremien haben keine demokratische Legitimation und würden damit in die Regelungshoheit von Parlamenten eingreifen.

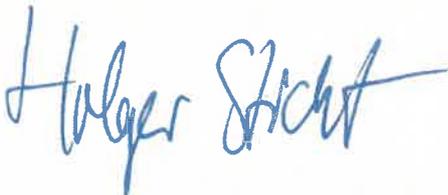
CETA untergräbt das Vorsorgeprinzip, weil es nicht ausdrücklich im Vertragstext verankert ist. Die im CETA-Vertragstext angeführten „wissenschaftsbasierten Zulassungsverfahren“ im Zusammenhang z. B. mit gentechnisch manipulierten Produkten sind eine klare Absage an das Vorsorgeprinzip.

CETA beeinträchtigt massiv die öffentliche Daseinsvorsorge, weil sowohl private als auch öffentliche Dienstleistungen automatisch „liberalisiert“ werden, wenn sie nicht in der Negativliste aufgelistet werden. Dies wäre – auch vor dem Hintergrund der Rekommunalisierungs-bemühungen etwa der Stromerzeugung und der Wasserver- und -entsorgung – für die Städte und Gemeinden eine verhängnisvolle Entwicklung.

Sehr geehrte Frau Kraft, sehr geehrte Delegierte,

der Handel mit Kanada läuft seit Jahrzehnten reibungslos. Er macht nur 0,8 Prozent des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland aus. Es gibt überhaupt keinen rational nachvollziehbaren Grund, warum Deutschland und die EU auf wesentliche Errungenschaften auch zulasten eines gerechteren Welthandels verzichten sollten.

Mit freundlichen Grüßen



(Holger Sticht, Landesvorsitzender)



(Dr. Michael Harenger, AK Deregulierung)